

NR. 3, DEZEMBER 2022

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › KLIMAFONDS-INITIATIVE: JETZT UNTERSCHREIBEN SEITE 4
- › STÄNDERATSWAHLEN: EINE GRÜNE STIMME FÜR ST.GALLEN SEITE 8
- › ENERGIEWENDE: CO2-FREIE WÄRMEVERSORGUNG IN CHUR BIS 2040 SEITE 13



ZUSAMMENSTEHEN

FÜRS KLIMA

LIEBE GEHT DURCH DEN GARTEN.

Ihre Lieblingspflanzen jetzt in unserer Biogärtnerei oder im biopflanzen-shop.ch

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

BEREIT FÜR DIE ERSTEN FLOCKEN?

CURAU
WWW.CURAU.CH

Mit unseren Flocken bleibt die Kälte draussen!

Im Einklang mit der Natur



Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste Label der Schweiz



COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem besonderen Angebot und dem guten Service. Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-, Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

bios

für Küche, Haushalt, Bad, Garten, Kleiderschrank und Geschenksideen

Bahnhofstrasse 4 · Weinfelden
www.biosfair.ch

biosfair

DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1750 Mitglieder und Sympathisant*innen der GRÜNEN in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei drei Schaltungen 20% Rabatt, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

Markus Allemann Naturgärten GmbH



Herzklopfen

Planung, Ausführung und Unterhalt von Naturgärten

8577 Schönholzerswilen
Telefon 071 633 29 84

www.natur-gaerten.ch



IM GRUNDE

GUT

Liebe GRÜNE

«Im Grunde gut» von Rutger Bregman – kennen Sie dieses Buch? Unser gängiges Narrativ: Unter dem dünnen Firnis von Anstand und Moral lauert die rücksichtslose Bestie Mensch. Diese Bestie muss vom Staat mit seinen Gesetzen und der Justiz im Zaum gehalten werden. Bregman stellt dieses Narrativ in Frage. Er zeigt mit vielen Beispielen auf, dass in Krisen und Katastrophen in der Regel nicht die Bestie zum Vorschein kommt, sondern Hilfsbereitschaft und Empathie.

Dass wir Menschen «im Grunde gut» sind, gibt mir angesichts der aktuellen Lage – Klima, Ukrainekrieg, Rückgang Biodiversität – Hoffnung. Er rät uns, dass wir den Kopf nicht ständig mit schrecklichen Nachrichten füllen: Krieg, Verbrechen, Gewalt, Gemeinheit. Oder kam in der Tagesschau schon mal ein Beitrag über einen brütenden Wiedehopf im Thurgau? Darum hier einige – aus grüner Sicht – erfreuliche Fakten aus dem Thurgau der letzten zwanzig Jahre:

- Dank seinem Förderprogramm Energie belegt der Thurgau einen Spitzenplatz in der Schweiz; sein Fonds muss zu Jahresbeginn mindestens 12 Millionen Franken kantonale Mittel enthalten.
- Die Kulturlandinitiative legte fest, dass das Siedlungsgebiet bis 2045 nicht vergrössert werden darf. Tatsächlich ist mit der letzten Richtplanrevision erstmals das Siedlungsgebiet um 101.8 Hektaren kleiner geworden.
- Das Biodiversitätsmonitoring vergleicht den Zustand der Biodiversität 2009-2012 mit dem Zustand 2013-2017 und stellt eine Verbesserung fest, insbesondere in den Vernetzungskorridoren.
- Mit «Zukunft Obstbau Thurgau» wurden Beiträge für Neupflanzungen von Obst- und Feldbäumen ausgerichtet. So wurden mehr als 12'000 Bäume gepflanzt.
- Die Volksinitiative «Biodiversität Thurgau» bewirkte eine Gesetzes-Revision: Für die Biodiversitätsstrategie mit ihren Massnahmen stehen pro Jahr zusätzlich vier Millionen Franken zur Verfügung.

Bei all diesen Fortschritten waren die GRÜNEN massgeblich beteiligt oder federführend. Das macht mich auch ein wenig stolz.

Toni Kappeler
alt Kantonsrat GRÜNE TG
kappeler.tg@bluewin.ch



OSTGRÜN NR. 3/2022

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Postfach, 9000 St.Gallen

Dezember 2022
Erscheint 3-mal jährlich

Auflage: 1750 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Maya Cramer (GR), Roland Müller (SH)

Autor*innen: Karin Bétrisey, Daniel Bosshard, Kurt Egger, Iren Eichenberger, Richi Faust, Balthasar Glättli, Toni Kappeler, Anita Mazzetta, Franziska Ryser, Andi Schnoz, Kaj Weibel, Mathias Zopfi

Gestaltung: Daniel Bosshard

Titelbild: GRÜNE TG
Porträtfotos S. 5 - 6: Béatrice Devènes

Druck: Druckerei Walpen, Gossau



Bild: Benjamin Zumbühl

KLIMAFONDS-INITIATIVE JETZT UNTERSCHREIBEN

Die Klimafonds-Initiative will, dass der Schutz von Klima und Biodiversität mit massiven Investitionen vorangetrieben wird. Neben der Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien soll auch die Ausbildung der für die ökologische Wende notwendigen Fachkräfte unterstützt werden.

Der brutale Angriffskrieg von Putin zeigt es uns so deutlich wie nur möglich: die Abhängigkeit von fossiler Energie ist gefährlich. Gefährlich fürs Klima. Gefährlich, weil wir mit Milliarden autoritäre Herrscher und Regimes stützen. Und gefährlich auch, weil wir unsere Versorgungssicherheit untergraben und uns abhängig und erpressbar machen.

Klimaschutz als öffentliche Aufgabe
Die Klimafonds-Initiative reagiert darauf mit einer Investitions-Offensive der öffentlichen Hand. Sie sieht vor, dass wir jedes Jahr zwischen 0,5 und 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes in den ökologischen Umbau der Schweiz investieren. Das sind bis zu 7 Milliarden Franken jährlich. Was auf den ersten Blick nach viel Geld tönt, ist bloss gleich viel, wie die Bürgerlichen neu pro Jahr für die Armee ausgeben wollen.

Die Lösungen sind da. Was heute fehlt, ist ihre Umsetzung. Es braucht die öffentliche Hand, damit wir schnell die nötige Ver-

änderung erzielen. Denn Klima und Biodiversität sind fürs Wohlergehen unserer Gesellschaft ebenso zentral wie die Gesundheitsversorgung und die Bildung. Sie dürfen nicht auf die Einzelperson abgewälzt werden, sondern müssen sozial gerecht finanziert werden. Es ist an der Zeit, dass die öffentliche Hand hier ihre Verantwortung wahrnimmt.

Das Geld aus dem Klimafonds stärkt die Energie-Effizienz und fördert das Energiesparen. Mehr Solarpanels. Raschere und sozial verträgliche Gebäudesanierungen. Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Stärkung der Biodiversität und der Artenvielfalt. Aus- und Weiterbildung der nötigen Fachkräfte für den Jahrhundertumbau. Mit all diesen Investitionen können und dürfen wir nicht zuwarten.

Für weltweite Klimagerechtigkeit
Die Klimafonds-Initiative stärkt die weltweite Klimagerechtigkeit. Die Klimakrise bedroht als erstes die Lebensgrundlagen der Ärmsten dieser Welt – und damit die Lebensgrundlagen derjenigen, die am wenigsten

dazu beigetragen haben. Die Initiative ermöglicht, dass die Schweiz auch vermehrt Massnahmen in den am stärksten betroffenen Ländern unterstützt: Massnahmen, die deren klimafreundliche Entwicklung stärken und deren Anpassung an den Klimawandel fördern. Und sie für die zerstörten Lebensgrundlagen entschädigen.

Wenn es uns gelingt, die nötigen Unterschriften rasch zu sammeln, so zeigen wir damit: es eilt mit dem Klimaschutz. **Hilf mit!**



Balthasar Glättli
Präsident GRÜNE CH
Nationalrat GRÜNE ZH





INTERNATIONALE STRATEGIE

GEGEN STEUERWETTBEWERB

Künftig sollen international tätige Grossunternehmen mindestens 15 Prozent ihres Gewinns versteuern. Damit soll der schädliche Steuerwettbewerb eingedämmt werden. Mit der neuen Steuer erhält der Bund die Mittel, um wichtige sozialpolitische Projekte zu finanzieren.

In den letzten Jahren wurden die Gewinnsteuern landauf, landab gesenkt. Einzelne Länder entwickelten sich zu regelrechten Steueroasen. Tiefe Gewinnsteuern und kreative Steueroptimierungsinstrumente haben Steuersubstrat aus Entwicklungsländern abgezogen, die diese Einnahmen für den Aufbau der eigenen Infrastruktur eigentlich nötig hätten.

Auch die Schweiz ist eine solche Steueroase. Bei uns bezahlt ein Unternehmen im Schnitt 13.3 Prozent Steuern auf seinen Gewinn – wenig im Vergleich zu Deutschland (29.8 %), Frankreich (34.4 %) oder den USA (39.2 %). Internationale Tech-Konzerne wie Google, Facebook und Amazon versteuern ihre Milliardengewinne sogar nur im einstelligen Prozentbereich.

Clevere Steuerstrategie

Um diesen schädlichen Steuerwettbewerb einzudämmen, braucht es eine gemeinsame, internationale Strategie. Die OECD hat deshalb eine Mindeststeuer von 15 Prozent vorgeschlagen für international tätige Unternehmen, die einen Umsatz von über 750 Millionen Franken pro Jahr haben. Der Mechanismus ist clever: Wenn ein Land

weniger als 15 Prozent des Gewinns besteuert, dürfen alle Länder, in denen die Unternehmung mit einer Tochterfirma präsent ist, das nicht erhobene Steuersubstrat beanspruchen. Somit wird kein Land verpflichtet, seine Steuern zu heben – das Steuersubstrat fliesst dann einfach einem anderen Staat zu.

In der Schweiz soll zur Umsetzung eine neue Bundessteuer eingeführt werden. Dafür muss jedoch die Verfassung geändert werden, denn die neue Steuer verletzt das Prinzip der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Das ist unschön, hätte dem Verfassungsgrundsatz doch nachgelebt werden können, wenn alle Kantone ihre Gewinnsteuern auf 15 Prozent harmonisiert hätten.

Mittel für sozialpolitische Projekte

Insgesamt wird in der Schweiz mit Mehreinnahmen von 2 Milliarden Franken gerechnet. Ein Grossteil stammt von Unternehmen aus den Kantonen Zug, Basel und Zürich. Wohin dieses

Geld fliesst und wofür es verwendet wird, das bestimmt das Parlament diesen Dezember. Für uns GRÜNE ist klar: Ein Grossteil dieser Ergänzungs-

steuer muss an den Bund gehen. Erstens, weil dieser in den letzten Jahren all die zusätzlichen Ausgaben während

der Corona-Krise und zur Sicherung der Energieversorgung getragen hat. Zweitens, weil über den Bund eine faire Verteilung sichergestellt wird, von der alle Kantone profitieren können. Und drittens, weil das Geld so zielgerichteter investiert werden kann. Mit dem Bundesbeitrag könnte beispielsweise die Individualbesteuerung gegenfinanziert werden, oder es können endlich genügend Kinderkrippen-Plätze geschaffen werden.

«Um diesen schädlichen Steuerwettbewerb einzudämmen, braucht es eine gemeinsame, internationale Strategie.»



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG



SCHWEIZER HILFE STATT

SCHWEIZER MUNITION

Die Diskussion über die Freigabe von Schweizer Munition für die Ukraine lenkt von unserer eigentlichen Verpflichtung ab: Die Ukraine mit humanitärer Hilfe noch viel stärker zu unterstützen. Bei einem Besuch Ende Oktober in der Ukraine konnte ich mir vor Ort ein Bild machen.

Weshalb liefert die Schweiz keine Waffen an die Ukraine? Diese Frage stellen sich auch einige GRÜNE. Viele verstehen nicht, weshalb nicht wenigstens die Munition für die deutschen Luftabwehrkanonen freigegeben wird, die vor Jahren mit einer Wiederausfuhrsperrung belegt wurde. Diese Fragen sind verständlich angesichts dessen, dass in der Ukraine täglich mit Drohnen- und Raketenangriffen Infrastruktur zerstört wird. Das und der Angriff gegen einen souveränen Staat verletzen das Völkerrecht. Das lässt sich nicht rechtfertigen und ist weder geschichtlich noch rechtlich legitimiert.

Besuch in der Ukraine

Ich durfte Ende Oktober die Ukraine besuchen. Alle Ukrainer*innen, die ich getroffen habe – von den Vertreter*innen der NGO bis zum Präsidenten – wollen diesen Konflikt gewinnen, und zwar militärisch. Das ist nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass die Organisation «Center for Civil Liberties», deren Vorsitzende Oleksandra Matwijtschuk ich treffen durfte, seit Beginn des Konflikts 21'000 Kriegsverbrechen dokumentiert hat. Nicht zu kämpfen würde bedeuten, solche Verbrechen zu dulden.

Aber mir ist ebenso klar geworden, dass die Ukrainer*innen von der Schweiz nicht Waffen verlangen. Sie akzeptieren, dass Waffenlieferungen nicht mit der Neutralität vereinbar sind. Die Menschen vor Ort erhoffen sich anderes: Hilfe bei der humanitären Entminung, beim Wiederaufbau von Wasserversorgungen und der Bewältigung des Winters und die wichtige Arbeit des Roten Kreuz (IKRK). So können wir helfen. So braucht es uns.

Mehr Mittel für humanitäre Hilfe

Ja, in der Ukraine werden unsere gemeinsamen menschlichen Werte

verteidigt. Aber es ist nicht heuchlerisch, wenn wir GRÜNE Nein sagen zu Waffen für die Ukraine, weil dieser Beitrag verschwindend klein wäre. Die fragliche Munition reicht für wenige Minuten Dauerfeuer und die Freigabe könnte unsere Rolle untergraben. Heuchlerisch wäre vielmehr, wenn wir angesichts von grossen Profiten, die in der Schweiz mit russischen Geldern und Rohstoffen gemacht wurden und werden, nicht weiterhin und vermehrt substanzielle Mittel für die humanitäre Hilfe aufwenden würden. Vor dem Krieg war die Schweiz unter den fünf grössten bilateralen Geberländern. Jetzt sind wir, kaufkraftbereinigt, auf Platz 36 von 40. Das muss sich ändern. Wir werden nicht nur entsprechende Programme des Bundesrats unterstützen, sondern dies auch mit Nachdruck fordern.



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL



Mathias Zopfi konnte Oleksandra Matwijtschuk treffen. Ihr «Center for Civil Liberties» hat den Friedensnobelpreis für ihre Arbeit erhalten, Kriegsverbrechen zu dokumentieren. Dazu braucht es nicht Waffen, sondern zum Beispiel technologische Ressourcen.



MEUCHELMORD IM SCHAFFHAUSER PARLAMENT

Die Transparenzinitiative der JUSO und ihre Umsetzung – ein Drama mit offenem Ausgang. Personen: Junge Menschen mit Engagement, GRÜNE, Linke und das Stimmvolk des Kantons Schaffhausen gegen Bürgerliche und eine zaudernde Regierung.

Am Anfang steht der grandiose Sieg der JUSO Schaffhausen, deren Transparenzinitiative am 9. Februar 2020 vom Stimmvolk mit 52 Prozent gutgeheissen wurde. Jubel bei der Linken, Augenreiben im rechten Lager. Man hatte nicht damit gerechnet, dass diese frivole Idee der Jungen an der Urne verfängt. Schliesslich hatten die Bürgerlichen gewarnt. Der neue Transparenzartikel 37a der Kantonsverfassung sei schlicht nicht umsetzbar. Er würde akribische Angaben verlangen, die Administration für Parteien, Verbände und Verwaltung aufblähen und für die Gemeinden sei er ein Killer. Die Voranmelde- und Offenlegungspflicht der Interessen hindere spontane Kandidaturen als Gemeindepräsident*in oder Schulreferent*in im letzten Moment. Das Gesetz sei das strengste seiner Art in der Schweiz – und überhaupt, wo kämen wir da hin.

Mit Augenmass bitte

Ein FDP-Kantonsrat und Jurist wusste Rat. Er hat im Recht ein neues Kriterium eingeführt: Das Augenmass. Mit seiner Motion «Für mehr Transparenz, aber mit Augenmass» zähmte er Artikel 37a salonfähig. Offenlegung soll erst für Kampagnen ab 10'000 Franken gelten. Damit fallen mindestens zwei Drittel der Abstimmungen aus den Traktanden und mit ihnen die Spendendecklaration für juristische und natürliche Personen. Die unliebsame Bekanntgabe der Interessen ist nicht bei der Anmeldung zur Wahl zu leisten, sondern nach der Wahl, bei Amtsantritt. Dies und weitere «augenmässige» Lockerungen formuliert er im Gesetz. Artikel 37a in der Verfassung beschränkt sich dagegen auf zwei Grundsätze, nämlich Offenlegungspflicht der Kampagnenfinanzierung bei Abstimmungen und Wahlen und der Interessenbindung. Form und Umfang der Pflichten verweist er an das Gesetz.

«Das letzte Wort ist noch lange nicht gesprochen.»

«Umsetzungsinitiative zur Transparenzinitiative» ein. Diese schliesst Gemeinden

Antrag vor – ganz nach Version «Augenmass». Der Rat nickt.

Die Linke schläft nicht

Was das Volk beschlossen hat, darf der Rat nicht mutwillig nach seinem Gusto zurechtstutzen. Linke und GRÜNE reichten darum am 24. Mai 2022 die «Umsetzungsinitiative zur Transparenzinitiative» ein. Diese schliesst Gemeinden mit weniger als 3'000 Einwohner*innen von der Offenlegungspflicht aus, ebenso Kampagnen mit weniger als 3'000 Franken. Die Ratsmehrheit lehnt auch diese praxistaugliche Umsetzung ab. Sie will die Initiative bei Annahme der Version «mit Augenmass» sogar dem Volk vorenthalten. Das sieht selbst die Regierung, gestützt auf ein Rechtsgutachten, anders. Das letzte Wort ist noch lange nicht gesprochen.



Die Motion mit Augenmass wird vom bürgerlich dominierten Kantonsrat überwiesen. Drei Monate später legt die Regierung bereits Bericht und



Iren Eichenberger
Kantonsrätin GRÜNE SH



Bild: Julian Surber

EINE GRÜNE STIMME

FÜR ST.GALLEN

Am 12. März wählt die St.Galler Bevölkerung eine neue Ständerätin. Franziska Ryser tritt für die GRÜNEN an, um den Kanton in der kleinen Kammer zu vertreten. Nach einer einstimmigen Nomination erzählt Ryser, wieso sie in den Ständerat will und was eine starke Vertretung der GRÜNEN bewirken kann.

In den nächsten Jahren werden wir grosse Veränderungen erleben. In 20 Jahren werden alle Gebäude mit erneuerbaren Heizungen ausgestattet sein; auf den Strassen wird es keine Dieselmotoren mehr geben und dafür wird auf jedem zweiten Dach eine Solaranlage stehen. Wir werden viel weniger fliegen, und wenn, dann mit Wasserstoff oder synthetisch gespeicherter Sonnenenergie. Wir werden eine Landwirtschaft mit grasbasierter Tierhaltung haben, aber im Alltag werden wir uns pflanzlich ernähren. Und wir werden elektronische Geräte haben, die reparierbar sind und nach ihrer Nutzung weitergegeben statt weggeworfen werden können.



Franziska Ryser kandidiert für den Ständerat.

Das ist die Vision einer Gesellschaft, die innerhalb der planetaren Grenzen funktioniert. Diesen Wandel werden wir in den nächsten Jahren erleben. Es ist die Aufgabe der Politik, mit den richtigen Rahmenbedingungen dafür zu sorgen, dass dieser Umbau rechtzeitig und sozialgerecht geschieht. Diesen Wandel will ich mitgestalten.

Für eine offene, nachhaltige und ökologische Schweiz

Damit uns das gelingt, brauchen wir ein Parlament, das diese Zusammenhänge erkennt und nachhaltige Lösungen vorschlägt. Es ist entscheidend, dass frische Stimmen für eine offene, nachhaltige und ökologische Schweiz in den Ständerat gewählt werden. Eine solche Stimme will ich für den Kanton St.Gallen sein. Damit wir in der Klimapolitik vorwärts machen und den ökologischen Umbau aufgleisen können. Damit wir die Betreuungsangebote und Arbeitsmodelle haben, die zu unseren heutigen Familien- und Arbeitsformen passen. Und mit einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik, welche die Kreislaufwirtschaft fördert und dabei Arbeitsplätze schafft.

Für ein zukunftsfähiges St.Gallen

Als Ständerätin will ich mich auch für den Kanton St.Gallen einsetzen. Als fünftgrösster Kanton der Schweiz haben wir nicht nur eine gewichtige Rolle im nationalen Kontext, sondern auch eine

Schlüsselposition für die Anbindung an die östlichen Nachbarländer. Dieser Bedeutung muss in Bern mehr Nachdruck verliehen werden.

Mit dem Abbruch des Rahmenvertrags haben wir die Zusammenarbeit mit unserem wichtigsten Partner, der EU, aufs Spiel gesetzt. Die Erosion der Wirtschafts- und freizügigkeitsabkommen mit der EU trifft uns als exportorientierte Region besonders stark. Deshalb will ich mich auch dafür einsetzen, dass das Europa-Dossier nicht weiter verschleppt wird, sondern endlich eine Lösung angestrebt wird.

Seit 2019 darf ich im Nationalrat politisieren. Diese Arbeit macht mir enorm viel Freude. Ich bin bereit, dieses Engagement noch zu verstärken und die grünen Werte im Ständerat einzubringen. Ich freue mich auf einen tollen Wahlkampf mit euch!



Bild: Donato Caspari

NEUE STÄNDIGE KOMMISSION

«KLIMA, ENERGIE UND UMWELT»

Einen grossen Erfolg konnte die grüne Kantonsrätin Karin Bétrisey feiern: Der Grosse Rat des Kantons Thurgau hat der Schaffung einer ständigen Kommission «Klima, Energie und Umwelt» deutlich zugestimmt. Damit bekommen die grünen Themen Umweltschutz mehr Gewicht im Parlament.

KBE.KEG. Jahrzehntlang wurde versucht, am traditionellen Gerüst der Grossratskommissionen zu rütteln – vergeblich. In den vergangenen vierzig Jahren sind sieben Anläufe gescheitert, eine neue ständige Kommission zu den vier bestehenden zu schaffen. Zuletzt scheiterte im Oktober 2020 der Versuch, die bestehende Raumplanungskommission um die Themen Energie und Verkehr zu erweitern zu einer «RUVEK».

Karin Bétrisey konnte kurz darauf Mitstreiter*innen aus FDP, Mitte, glp, EVP und SP gewinnen, ihr Anliegen zur Schaffung einer neuen Kommission für die Themen Klima, Energie und Umwelt zu unterstützen. Gegen den geschlossenen Widerstand von SVP und EDU schaffte sie die Wende und eine erfreuliche Zustimmung von 72:46 Stimmen.

Höchste Zeit für eine eigene Kommission zu Klimathemen

«Die Themen Klima, Energie und Umwelt sind einfach zu wichtig, um auf die lange Bank geschoben zu werden.» begründete Karin Bétrisey den Vorstoss. «Wir stecken mitten in einer Klimakrise und es ist höchste Zeit, diesem Thema endlich Priorität zuzuschreiben und

Massnahmen zu treffen. Die Themen Klima, Energie und Umwelt werden uns die nächsten Jahrzehnte intensiv beschäftigen.»

Die wissenschaftlich abgestützten Klimaberichte zeigen, dass Starkniederschläge mit Überschwemmungen deutlich zunehmen werden. Ebenso monatelange Trockenheit, wie wir es im Thurgau bereits erlebt haben, was insbesondere auch die Landwirtschaft stark betrifft. Die Versorgungssicherheit mit Strom und Gas ist unsicher. Daher ist es wichtig, dass mit dieser Kommission der Rahmen geschaffen werden kann, dass Klimathemen ständig im Fokus bleiben und parteienübergreifend bearbeitet werden.

Kommissionspräsidium verwehrt

Üblicherweise haben bei erfolgreichen Motionen die Erstunterzeichnenden automatisch bei der zu bildenden Spezialkommission das Kommissionspräsidium inne. Dies wurde Kantonsrätin Karin Bétrisey verwehrt. Die erfolgreiche Motion wird im Rahmen der Totalrevision der Geschäftsordnung des

Grossen Rates (GOCR) behandelt, was das Gewicht für die KEU schmälert und alles verzögert.

Es bleibt zu hoffen, dass der parlamentarische Prozess wie geplant voranschreitet und die Spezialkommission möglichst bald ihre Arbeit aufnehmen

kann. Sobald der Grosse Rat der Revision inklusive dem zusätzlichen Paragraphen für die Erweiterung um die

neue ständige Kommission KEU in der definitiven Ausgestaltung zugestimmt hat, kann die Kommission eingesetzt werden. Dies wird voraussichtlich ab Legislaturbeginn 2024 der Fall sein.

«Mit der Kommission wird der Rahmen geschaffen, damit Klimathemen ständig im Fokus bleiben.»



Hat die Schaffung der neuen Kommission angestossen: Die grüne Kantonsrätin Karin Bétrisey (Foto: Patrick Itten).



Bild: Kanton Glarus

GLARNER ENERGIEGESETZ

TRITT BALD IN KRAFT

Im September 2021 hat die Landsgemeinde das fortschrittlichste Energiegesetz der Schweiz verabschiedet. Durch dieses Gesetz dürfen im Kanton Glarus bei Neu- und Umbauten keine fossil betriebenen Heizungen mehr eingebaut werden. Per 1. Januar 2023 tritt das Gesetz in Kraft.

KWE. An der letztjährigen Landsgemeinde wurde im Kanton Glarus ein grosser Hebel in der Klimapolitik umgelegt. Die Wärmeerzeugung ist im Glarnerland für ungefähr 40 Prozent der kantonalen CO2-Emissionen verantwortlich. Seit dem Landsgemeindeentscheid ist nun mehr als ein Jahr vergangen. Ende November wurde die Energieverordnung einstimmig vom Landrat verabschiedet.

Subventionierung trotz Pflicht?

Weil der Klimaschutz nicht länger auf sich warten lassen kann, wird das Gesetz spätestens am 1. Januar 2023 in Kraft treten. Eine besonders viel

diskutierte Frage war, ob ein Heizungsanstieg auch dann subventioniert werden kann, wenn er verpflichtend ist. Im Regierungsrat ist man – dank erheblichem Druck von aussen – zum Schluss gekommen, dass der Umstieg auf erneuerbare Heizungen möglichst schnell vorangehen soll. So hat man sich für eine Lösung entschieden, die zeitlich begrenzte Subventionen beinhaltet.

Die Förderbeiträge für einen Heizungsersatz ab 2027 sollen zuerst reduziert und dann ab 2032 gänzlich gestrichen

«Jeder Wandel muss sozial gerecht sein.»

Der Wandel muss sozial gerecht sein. Heiss diskutiert wurden die Härtefälle. Im Landrat und Regierungsrat debattierte man darüber, ob bei finanziellen Härtefällen die Beiträge so weit erhöht werden, damit die Kosten eines Heizungsersatzes gedeckt werden.

Dadurch würden die finanziell schwächeren Haushalte im Kanton Glarus gezielt unterstützt. Diese Forderung wurde im Landrat abgelehnt. Ob der Regierungsrat eine solche Regelung im Rahmen seiner Kompetenzen beschliesst, ist noch offen. Für die GRÜNEN Glarus ist klar: Jeder Wandel muss sozial gerecht gestaltet werden.

Durch das neue Energiegesetz kann der Kanton Glarus in den nächsten 20 Jahren einen grossen Teil der kantonalen Treibhausgasemissionen reduzieren. Damit Netto Null bis spätestens 2050 erreicht wird, müssen aber auch in den anderen Sektoren, wie der Mobilität oder der Landwirtschaft, der Ausstoss minimiert werden. Die GRÜNEN Glarus setzen sich weiterhin konsequent für einen ökologischen und sozialgerechten Wandel im Glarnerland ein.

umfassendes Tee- & Kräutersortiment
 pflanzliche Rohstoffe & Grundnahrungsmittel
 transparent & verantwortungsbewusst
 plastikfrei oder unverpackt
 überwiegend bio & vegan
 seit 2000 bio zertifiziert



10 % Kennenlern-Rabatt
mit Code OstGruen

online oder Ladeneinkauf
 teewerk.ch Meierhofstr. 14 8274 Tägerwilen 071 667 09 03



Bild: Kanton St. Gallen

ALTLASTEN GEFÄHRDEN

MENSCH UND UMWELT

Seit 2012 sind nicht mehr die Gemeinden, sondern der Kanton zuständig für die Sanierung von Altlasten. Oft ist noch unklar, welche Stoffe in den Deponien aus den 1960er bis 1980er Jahren genau liegen und wie stark diese die Grund- und Oberflächengewässer verschmutzen.

RFA. Im Kanton St. Gallen sind gemäss Amt für Umwelt (AFU) 1'800 Altlasten und belastete Standorte bekannt, die in einem Kataster erfasst sind. Zum Teil wurden diese vor über 40 Jahren geschlossen und sich selber überlassen. Wenigstens steht im Kataster, welche Stoffklassen dort vermutet werden und wie dringlich der Untersuchungsbedarf ist. Zum Teil sind erste Voruntersuchungen gemacht worden. Es sind aber weitere Überwachungs- oder Sanierungsmassnahmen nötig, teils mit Priorität «dringlich», was beim Kanton eine Frist von fünf Jahren bedeutet. Jedoch läuft offenbar diese Frist erst ab dem Datum, an dem der Kanton eine Massnahme zur Untersuchung oder Sanierung anordnet.



Schicht um Schicht trägt ein Bagger den belasteten Boden ab.

Vollzug im Rückstand

Eigentlich hätten die Untersuchungen laufend ab 2012 durchgeführt werden sollen. Das AFU begründet den Rückstand mit den beschränkten Ressourcen beim Altlastenvollzug. Das Amt habe daher die Standorte mit genutzten Grundwasservorkommen priorisiert. Doch dabei bleiben die Fließgewässer auf der Strecke. Wegen der Klimaerhitzung sind die Temperaturen in den Gewässern höher als normal und die aus den Altdeponien einsickernden Schadstoffe belasten die Gewässer zusätzlich. Zusammen mit der Belastung durch die Landwirtschaft dezimiert dies die Wasserlebewesen in erheblichem Mass. Der Kanton bestraft sich mit den Verzögerungen jedoch selbst, denn Bundesbeiträge an die Vollzugskosten gibt es nur noch bis 2028.

Beispiel Altdeponie in Mörschwil

Die Gemeinde Mörschwil hat eine lange Tradition, immer wieder Deponien auf ihrem Boden zu beherbergen. Eine Altlast, aber nicht die einzige, befindet sich beim Weiler Horchental. Von 1969 bis 1971 wurden hier 5'000 m³ Industrieabfällen der Feldmühle AG in Rorschach gelagert. Das AFU weiss, dass sich die Abfälle auch aus lösungs-

mittelhaltigen Substanzen zusammensetzen. Die genaue Zusammensetzung muss jedoch mit einer Altlastenuntersuchung ermittelt werden, die kürzlich angeordnet wurde – vermutlich auf unsere Anfrage bei der Gemeinde hin.

Unter der Deponie hindurch fliesst der Chesselbach in einer Röhre. Das AFU vermutet, dass Schadstoffe aus der Ablagerung direkt in den Bach gelangen. Dies konnte in den 1980er Jahren bereits festgestellt werden, als Kinder nach dem Spielen am Bach plötzlich Hautausschläge bekamen. Anfragen bei der Gemeinde waren damals versandet.

Die in Mörschwil wohnhafte grüne Kantonsrätin Jeannette Losa hat zum Thema Altlasten in der Dezember-Session eine Interpellation eingereicht.



Richi Faust
Präsident GRÜNE Region Rorschach



PIA HOLLENSTEINS

REDE AM KLIMASTREIK

Pia Hollenstein ist grüne alt Nationalrätin und Vorstandsmitglied des Vereins «KlimaSeniorinnen». Der Verein hat eine Klimaklage eingereicht, welche die Unterlassungen des Bundes im Klimaschutz rügt. Am Klimastreik vom 8. Oktober in St.Gallen sprach sie zu den Jugendlichen. Hier ein Auszug ihrer Rede.

Die Klimakrise muss für die politische Agenda jetzt zentral werden. Handeln ist angesagt. Es geht um unseren Planeten. Die Klimakrise verhindern ist wohl nicht mehr möglich. Es geht um Schadensbegrenzung.

Ich war vor zwei Wochen an der Gletscherwanderung am Pizol. Der Gletscher ist praktisch verschwunden. Professor Dr. Matthias Huss von der ETH Zürich, der die letzten Jahre den Pizolgletscher erforschte, hat die letzte Messstange mitgenommen. Das ist sehr traurig. Ich zitiere Prof. Dr. Huss: «Es schmilzt jetzt Eis, das bis 7000 Jahre da war». Das ist verheerend und hat Auswirkungen auf uns alle.

[...] Wir GRÜNE haben seit Jahren gewarnt und wurden nicht ernst genommen. Es ist viel schlimmer gekommen, als wir uns je vorstellen konnten. In den Parlamenten hatten wir während meiner Zeit im Nationalrat fürs Klima nur selten Mehrheiten bekommen.

Jene, die an der Macht sind, sind jetzt in der Pflicht. Es muss endlich erkannt werden, wie ernst die Lage ist. Damit der Ernst der Lage erkannt wird, braucht es ALLE. Es braucht den Protest und die Forderungen der Zivilgesellschaft. Wir müssen laut werden und nicht aufgeben. Und natürlich braucht es auch Parlamentarier*innen, welche bereit sind, das dringend Nötige einzuleiten.

Wir Klimaseniorinnen haben vor sechs Jahren unsere Klage beim Bundesrat eingereicht. Wir haben nicht aufgegeben, wir geben nicht auf. Wir sind bei allen Gerichten in der Schweiz abgeblitzt. Auch beim Bundesgericht. [...] So gelangten wir vor zwei Jahren an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg. Dort sind die Aussichten gross, dass wir gewinnen. Unsere Klage wurde erstens angenommen, und wird als prioritär

behandelt. Wenn der Gerichtshof eine Menschenrechtsverletzung feststellt, hätte dies Auswirkungen nicht nur auf die Schweiz, sondern auf alle Staaten, die dem Europarat angehören. Einen Entscheid aus Strassburg erwarten wir nächstes Jahr.

[...] Liebe Anwesende, wir fokussieren aufs Klima, die Zukunft. Wir lassen den Kopf nicht hängen, weil so Vieles schlecht läuft. Mit uns ist zu rechnen – auch wenn vieles Zeit braucht, viel Energie, und auch Geld. Aber es wird sich lohnen. Auch weil in einem Jahr Wahlen sind, braucht es euch Jugendliche.

Die Ewiggestrigen, die sich keinen Deut ums Klima kümmern, sind auf dem Holzweg und gehören abgewählt. Es braucht euch Jugendliche auf der Strasse und in den Parlamenten.

Ein Schlusswort zu den jungen Männern hier: lernt zu kochen, die Wohnung zu putzen, einem Baby zu schauen, sodass eure Partnerin in die Politik kann!

Viel Erfolg und grossen Dank für euer Engagement.



Pia Hollenstein bei ihrer Rede am Klimastreik.



CO2-FREIE WÄRMEVERSORGUNG

IN CHUR BIS 2040

Thermische Wärmenetze sind in Chur seit einigen Jahren im Aufbau. Doch jetzt drückt die Stadt aufs Tempo. In Chur werden 300 Mio. Franken investiert, um die Wärmeversorgung bis 2040 zu dekarbonisieren. Die Churer*innen stimmen am 12. März über einen Rahmenkredit von 80 Mio. Franken ab.

AMA/ASC. Bis 2040 könne die IBC (Industrielle Betriebe Chur) die Stadt Chur zu 100 Prozent mit erneuerbarer Energie versorgen. Das schrieb der Stadtrat 2019 in seiner Antwort zum Auftrag der GRÜNEN, die eine Anpassung der IBC-Eigentümerstrategie an die Klimaziele forderten. Im Masterplan Energie Chur 2040 konkretisierte die IBC, wie die Stadt dank thermischen Wärmenetzen CO2-frei mit Wärme versorgt werden kann. Der Ausbau sei jedoch mit hohen Investitionen verbunden.

Der Ukrainekrieg und die ausbleibenden Gaslieferungen aus Russland haben die Dringlichkeit jedoch erhöht. In Chur wird zu gut 70 Prozent mit Gas und Öl geheizt. Der Handlungsbedarf ist gross. Die IBC will rasch in den Ausbau der Wärmenetze investieren. Der Gemeinderat hat darum kürzlich einen Rahmenkredit von 80 Mio. Franken beschlossen. Insgesamt will die IBC 300 Mio. Franken investieren. Chur kann damit eine Vorreiterrolle einnehmen.

Weg vom Gas hin zu erneuerbarer Wärme

Chur investiert seit mehreren Jahren in erneuerbare Wärmenetze. Vor 10 Jahren wurde die Fernwärmeleitung zur

KVA in Trimmis gebaut, die Hochtemperatur-Wärme liefert. Nun will die IBC auch die Rückwärme mit niedrigen Temperaturen nutzen. Stark ausgebaut werden auch die Netze mit Wärme aus der ARA und dem Grundwasser.

In einzelnen Quartieren sollen zudem Wärmekraftkoppelungszentralen entstehen, die Wärme und Strom produzieren. Noch wird hier vor allem auf Biogas gesetzt. Effizienter wäre es jedoch, weiteres brachliegendes Abwärmepotenzial zu nutzen.

Abwärme wird im Rhein vernichtet

An Abwärme fehlt es im Churer Rheintal nicht. In Domat/Ems produziert das grösste Biomassekraftwerk der Schweiz Unmengen an Abwärme. Ein Grossteil dieser Abwärme fliesst heute ungenutzt in den Rhein. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die Investitionen in eine Fernwärmeleitung wären gross. Zudem läuft der Baurechtsvertrag mit der Ems-Chemie 2030 ab. Aus diesen Gründen will die Stadt Chur nichts von dieser Abwärme wissen.

Mit einem Vorstoss im Grossen Rat wollen die GRÜNEN darum vom Kan-

ton wissen, wie er sich finanziell am Bau der Fernwärmeleitung beteiligen kann und wie er sich bei den Verhandlungen für die Ablösung des Baurechts engagieren wird. Der Kanton muss hier Investitionssicherheit schaffen.

Chur will aber nicht darauf warten und macht vorwärts. Mit einem JA zum Kredit am 12. März ermöglichen die Churer*innen, dass die IBC rasch eine CO2-freie Wärmeversorgung sicherstellen kann, ganz ohne russische Gasabhängigkeit.

«Chur kann eine Vorreiterrolle übernehmen.»



Fernwärmezentrale in Chur (Foto: Fernwärme Chur AG).



TONI: WIR WERDEN

DICH VERMISSEN

Toni Kappeler gehörte seit 2004 mit einem kurzen Unterbruch dem Grossen Rat des Kantons Thurgau an. Am 26. Oktober 2022 war seine letzte Ratssitzung. Toni Kappeler hat die grüne Thurgauer Politik geprägt wie wenig andere. Wir haben Toni einige Fragen gestellt.

An deiner letzten Ratssitzung wurdest du mit anhaltendem Applaus des gesamten Rates und Handschlägen aller Regierungsmitgliedern verabschiedet. Womit hast du dir das erarbeitet?

Vielleicht war es, weil ich zu vielen Ratskolleg*innen aller Fraktionen gute Beziehungen hatte? Vielleicht, weil ich andere Haltungen immer respektierte und allen gute Absichten «unterstellte»? Vielleicht, weil ich eher gemässigt politisierte – aber nie Slalom fuhr. Will heissen: Meine grüne Haltung war immer unmissverständlich klar.

Wenn man im Kantonsrat einer Minderheit angehört, muss man immer wieder Niederlagen einstecken. Wie hast du dich immer wieder motiviert?



Toni Kappeler nimmt Abschied von seinen Ratskolleg*innen.

Als GRÜNER im Thurgau weiss ich, dass ich nicht im Mainstream schwimmen kann. Dass der Erfolg eher die Ausnahme ist und wir auf Koalitionen angewiesen sind. Dass unsere Ziele wichtig sind und wir sie erreichen – wenn nicht mit dem aktuellen Vorstoss, dann halt in fünf, zehn Jahren. So ist ein Vorstoss und eine Niederlage dennoch nicht sinnlos.

Du hast zahlreiche Vorstösse eingereicht. Auf welchen Erfolg dabei bist du besonders stolz?

Schwierig zu sagen, denn oft ist es ein Zusammenspiel und nicht erheblich, wer dann «das Tor schießt». Ein Highlight war natürlich unsere Biodiversitätsinitiative. Das war kein Vorstoss von mir, aber ich schrieb das Argumentarium und gewann die CVP, die EVP, die FDP für unsere Initiative. Wichtig war die Motion, die vor zehn Jahren zu einer Änderung des Energienutzungs-Gesetzes führte: Für feste Endverbraucher*innen besteht das Basisangebot ausschliesslich aus erneuerbaren Energien. Eine parlamentarische Initiative erreichte eine Gesetzesänderung, die zu besseren Verfahren und zur besseren Nutzung der Erdwärme führte. Unvergessen, als ich mit Regie-

rungsrat Walter Schönholzer «meine» Standesinitiative für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (erfolgreich) verteidigen konnte.



MATHIAS KREIER

Als Nachfolger für Toni Kappeler hat Mathias Kreier anfangs November sein Amt im Thurgauer Grossen Rat für den Bezirk Mönchwil angetreten.

Aufgewachsen in Lommis, wohnhaft in Oberwangen, arbeitet er als Primarlehrer in Stettfurt. Seit einigen Jahren wirkt er im Vorstand der GRÜNEN TG mit. Mit der GRÜNEN Partei Fischeningen, denen er seit ihrer Gründung als Präsident vorsteht, sorgt er dafür, dass grüne Themen in der Gemeinde zu Wort kommen. Zusammen mit seinem Team aus dem Genossenschaftsrestaurant «Schuel Au» verhilft er dem südlichsten Teil des Thurgaus zu kulturellen Aufführungen und Anlässen.



NACHGEFRAGT BEI

SIMON VOGEL

Simon Vogel aus Frauenfeld ist seit 2020 Mitglied des Grossen Rates des Kantons Thurgau und seit vier Jahren Co-Präsident der Jungen Grünen Thurgau. Er erzählt uns von seinem Einstieg in den Grossen Rat, was ihm an der Parlamentsarbeit gefällt und was eher weniger.

Wie hast du dich im Grossen Rat eingelebt?

Der Einstieg im Jahr 2020 mit Corona war etwas schwierig, da die Sitzungen in der Festhalle mit Maske und grossen Abständen stattfanden. Gerade der Kontakt zu den anderen Fraktionen war als Neuling schwierig zu finden. Deshalb bin ich froh, dass sich der Ratsbetrieb normalisiert hat. Nach mittlerweile 2.5 Jahren bin ich gut angekommen und fühle mich wohl.

ZUR PERSON

Simon Vogel wuchs in Dussnang auf und lebt nun seit fünf Jahren in Frauenfeld. Nach einer Lehre als Elektroniker absolvierte Simon einen Master in Elektrotechnik an der ZHAW, an welcher er danach für zwei Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war. Seit diesem Sommer arbeitet er als Software-Ingenieur bei Swiss Birdradar Solutions AG in Winterthur.

Neben der Politik, welche manchmal auch zur Freizeit gehört, liest er gerne Fantasy und Science-Fiction, kocht etwas Veganes oder spielt gerne mit Freunden, sowohl auf dem Brett als auch am Computer.

Simon Vogel ist seit 2020 Mitglied des Grossen Rates des Kantons Thurgau und Co-Präsident der Jungen Grünen TG.

Was gefällt dir an der politischen Arbeit im Grossen Rat?

Am spannendsten finde ich die Arbeit in den Kommissionen, bei welchen man sich sehr direkt einbringen kann. So war ich gleich zu Beginn in der Kommission zum «Energiekonzept 2030» dabei, bei welcher ich verschiedene Themen im Bereich Klima einbringen konnte.

Was gefällt dir weniger?

Manchmal geht es mir etwas zu langsam vorwärts. Wenn man einen Vorstoss einreicht, ein Jahr auf die Beantwortung wartet und anschliessend wird dieser abgelehnt, dann fühlen sich die politischen Prozesse sehr zäh an. Auch die Diskussion im Rat finde ich teilweise etwas schwierig, um wirklich inhaltliche Differenzen zu besprechen.

Was sind deine politischen Schwerpunkte?

Ich arbeite bei Swiss Birdradar Solutions AG als Ingenieur und Softwareentwickler. Wir bauen Radar-Systeme für das Biomonitoring, zum Beispiel für die Analyse von Vogelzugbewegungen, aber auch für die automatische Abschaltung von Windkraftanlagen. Damit ich genügend Zeit für

die Politik habe, arbeite ich in einem Pensum von 80 Prozent.

Du bist auch noch Co-Präsident der Jungen Grünen. Wie läuft es da?

Bei den Jungen Grünen startete ich vor vier Jahren in die Politik und ich bin seit da im Präsidium der Jungen Grünen Thurgau vertreten. Dieses Amt möchte ich jedoch bald abgeben. Die letzten Jahre waren wir in verschiedenen Bereichen aktiv, so im Klimastreik oder beim Sammeln von Unterschriften. Aktuell läuft etwas weniger, da einige aktive Mitglieder für ihr Studium nach Zürich gewechselt sind. Nachwuchs ist also immer willkommen!



Simon Vogel von den Jungen Grünen TG bei einem Votum im Grossen Rat (Foto: Andrea Stalder).



KLIMAFONDS-INITIATIVE

JETZT UNTERSCHREIBEN

Aktuell sammeln die GRÜNEN Unterschriften für die «Klimafonds-Initiative» (siehe Seite 4).

Willst Du uns dabei unterstützen? Dann darfst Du gerne an einer unserer Standaktionen teilnehmen. Falls Du lieber nicht in der Öffentlichkeit sammeln willst, kannst Du dies auch im eigenen Bekanntenkreis tun.

Unterschriftenbogen kannst Du direkt bei Deiner Kantonalpartei beziehen (siehe Kontaktdaten unten).

Danke für Dein Engagement!

OSTGRÜNE:

ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

- GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch
- VERDA Graubünden
Bungertweg 16
7206 Igis
079 820 71 99
www.verda-gr.ch
info@verda.gr
- GRÜNE Schaffhausen
Brüningstrasse 7
8200 Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
info@gruene-sh.ch
- GRÜNE St.Gallen
Postfach
9000 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

Internationaler Bodensee-Friedensweg
Jedes Jahr am Ostermontag treffen sich in einer Stadt am Bodensee junge und alte Menschen, um und für Frieden, Gerechtigkeit und eine gute Zukunft für alle Menschen und gegen Krieg und Zerstörung unserer Umwelt und Lebensgrundlagen zu demonstrieren. Über 100 Organisationen aus den Anrainerlandern laden zum Ostermarsch



- GRÜNE Thurgau
Barbara Imholz, Aspenstr. 6
8580 Sommeri
071 410 06 01
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

- Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch
- Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 1/23
6. Februar 2023

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

www.gruene-gl.ch

- Freitag, 6.1. 19.00 Uhr Mitgliedertreff, Chilcheträff Glärnischbligg im Gesellschaftshaus, Bahnhofstrasse 2, Ennenda
- Mittwoch, 5.4. 19.30 Uhr Hauptversammlung, Restaurant Trigonella, Ennenda

Graubünden

www.verda-gr.ch

- aktuell keine Termine geplant

Schaffhausen

www.gruene-sh.ch

- Mittwoch, 15.2. Mitgliederversammlung GRÜNE SH
- Samstag, 25.2. Workshop Mitglieder-Aktivierung

St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- Samstag, 10.12. 9.00-12.00 Uhr Unterschriftensammlung, Volg/Post, Rorschacherberg,
- Dienstag, 3.01. 19.30 Uhr GRÜNES Fondue Rorschach, Restaurant «Schilte Sechsi», Engulgasse 6, Rorschach
- Samstag, 14.1. 17.00 Uhr Neujahrsfondue GRÜNE Stadt & Umgebung St.Gallen, Scheune «Habilon», Remishuebstr. 1, St.Gallen
- Freitag, 20.1. 19.00 Uhr Neujahrsbegrüssung GRÜNE prowil
- Freitag, 17.3. 19.00 Uhr Ordentliche Mitgliederversammlung GRÜNE prowil, Aula Kirchplatzschulhaus, Wil
- Freitag, 28.4. 18.00 Uhr Hauptversammlung GRÜNE Stadt & Umgebung St.Gallen, Aula

Thurgau

www.gruene-tg.ch

- Donnerstag, 26.1. 19.30 Uhr Mitgliederversammlung GRÜNE TG, Kreuzlingen

Ostschweiz und National

- Samstag, 28.1. DV der GRÜNEN CH
- Samstag, 25.3. DV der GRÜNEN CH
- Montag, 10.4. Internationaler Bodensee-Friedensweg, Heiden AR
- Samstag, 13.5. 40 Jahre GRÜNE CH